Kohlenzüge in Gelsenkirchen vor dem Abtransport nach Frankreich 1923

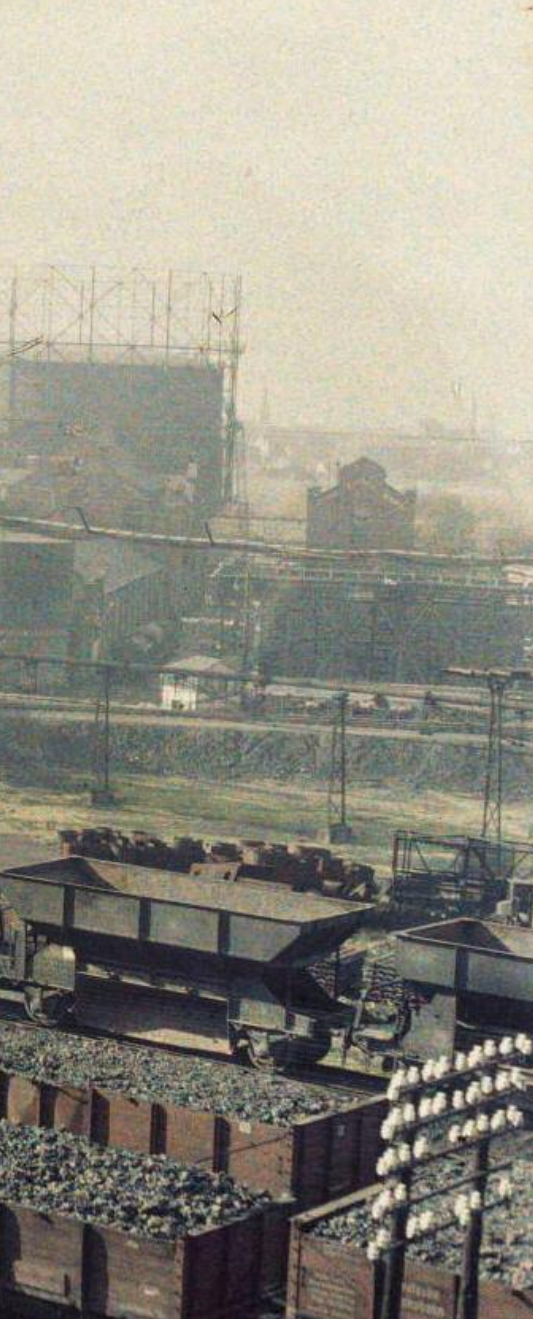
Die hohen Reparationsforderungen des Friedensvertrags von Versailles nutzten die rechtsextremen Feinde der Weimarer Republik als Vehikel für ihre zerstörerische Politik.

Der Sprengsatz

Von TILL HEIN

Zehn Jahre Schmach!“ titelt die rechtsnationalistische Hugenberg-Presse am 28. Juni 1929, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags. „Versailles, geboren aus dem Hass der Welt“, habe das Deutsche Reich entehrt und geschändet. Jetzt aber sei es wieder Zeit für große Taten. „Wir wollen das deutsche Schicksal Versailles überwinden“, heißt es im Leitartikel des deutschnationalen Blattes *Der Tag* aus dem Scherl-Verlag Alfred Hugenbergs: „Wir überantworten die Erbmasse unseres Blutes kommenden Geschlechtern mit der Flamme des Befreiungswillens, die in ihr lebendig ist.“

Im Friedensabkommen von Versailles hatten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs im Juni 1919 Deutschland militärische Abrüstung, Gebietsverluste und Reparationen verordnet. Zehn Jahre später, im Sommer 1929, nut-



Das „goldene Buch“ des Friedensvertrags wird in den Palast von Versailles getragen (o.), Demonstration gegen den Versailler Vertrag vor dem Berliner Reichstag im Mai 1919

MUSÉE ALBERT KAHN / DÉPARTEMENT DES HAUTS-DE-SEINE / FRÉDÉRIC GADMER (M.); ULLSTEIN BILD (2/R.)

zen der Berliner Medienmogul Hugenberg, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), und seine Bundesgenossen vom Frontkämpferbund „Stahlhelm“ und von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Adolf Hitlers den Jahrestag, um gegen die Alliierten und die Regierung zu hetzen. Sie wollen an die Macht.

Mit Versailles habe die „Versklavung des deutschen Volkes“ begonnen, behaupten Hugenberg und Hitler. Die „Vaterlandsverräter“ um den damaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, einen Sozialdemokraten, hätten sich von den Alliierten erpressen lassen. Tatsächlich trafen sie damit ein verbreitetes Gefühl in der Bevölkerung, doch waren die Vorwürfe berechtigt?

Der Versailler Vertrag ist gut 240 Seiten dick, er enthält 440 einzelne Artikel. Er verfügt, dass Deutschland mit seinen Alliierten die Schuld am Ersten Weltkrieg trage und daher für alle Schäden aufzukommen habe. Nicht nur die gesamte Luftwaffe und die Panzereinheiten sollen aufgelöst werden. Die junge Republik muss Elsass-Lothringen an Frankreich, weite Teile Posens und Westpreußens an Polen abtreten. Insgesamt büßt Deutschland 70 000 Quadratkilometer Landesfläche ein, ein Gebiet von der Größe Bayerns. Drei Viertel des Eisenerzes und ein Viertel der Steinkohle gehen verloren. 20 Milliarden Goldmark verlangen die Siegermächte als Sofortzahlung. Die viel höhere Gesamtforderung werde nachgereicht.

US-Präsident Woodrow Wilson schwebte ein moderaterer Vertrag vor: Deutschland sollte zwar abrüsten, aber nicht verarmen. Doch der ehemalige Juraprofessor der Universität Princeton wurde überstimmt – nicht zuletzt, weil Franzosen und Briten mithilfe der Reparationen ihre Kriegsschulden in den USA begleichen wollten.

Im Sommer 1919 sind in Deutschland selbst gemäßigte Politiker entsetzt über die Forderungen. Dabei ist das Deutsche Reich, zu dessen Exportschlagern vor dem Krieg Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte gehörten, eine ökonomische Großmacht. Schon wenige Wochen nach dem Waffenstillstand, im Winter 1918, ist die Produktion wieder angelau-

fen. Doch es mangelt an Kohle und Eisenerz.

Bald wird ein Konstruktionsfehler des Vertrags deutlich: Deutschland soll ökonomisch radikal geschwächt werden, gleichzeitig aber wollen die Siegermächte über die Reparationen von der Wirtschaftskraft des ehemaligen Feindes profitieren. Der Ökonom John Maynard Keynes, Mitglied der britischen Delegation in Versailles, erkennt diesen Widerspruch und verlässt unter Protest den Verhandlungstisch. Noch im Jahr 1919 erscheint sein Bestseller „The Economic Consequences of the Peace“, in dem er den Kollaps der deutschen und der weltweiten Wirtschaft voraussagt. Aus diesem Abkommen, schreibt Keynes, resultiere der „Bankrott und Verfall Europas“. Prophetische Worte, an die sich spätestens ab Oktober 1929 zu Beginn der Weltwirtschaftskrise manche erinnern.

Ende Januar 1921 legen die Siegermächte Zahlen vor: 226 Milliarden Goldmark verlangen sie insgesamt von Berlin, zahlbar in 42 Jahresraten. Mehr als die Hälfte der Gelder sind für Frankreich bestimmt, das im Krieg besonders verwüstet wurde.

Weil die Reichsregierung protestiert, marschieren am 8. März alliierte Truppen in Duisburg ein und bedrohen die Zechen und Stahlfabriken an der Ruhr. Als selbst das Berlin nicht zum Einlenken bewegt, gehen die Siegermächte noch einmal durch die Bücher: Am 5. Mai reduzieren sie ihre Forderung auf 132 Milliarden Goldmark. Willige die deutsche Regierung jetzt nicht innerhalb einer Woche ein, werde das gesamte Ruhrgebiet besetzt.

Die Reichsregierung gibt nach. Als die ersten Jahresraten fällig werden, drängt Berlin aber auf eine Verlängerung der Fristen. Um trotz mangelnder Steuereinnahmen liquide zu bleiben, lässt die Regierung ständig neues Geld drucken. Kritiker im Ausland behaupten bald, Berlin heize die Inflation bewusst an, um zu zeigen, dass Deutschland nicht in der Lage sei, die Reparationen zu zahlen.

Bereits im August 1922 ist die Mark so schwach, dass die Alliierten die Kriegsentschädigungen in Rohstoffen einfordern. Als Deutschland im Januar 1923 zugesagte Kohle und Holz, darunter über 100 000 Telegrafenmasten, nicht fristgerecht nach Frankreich liefert, marschieren zunächst 60 000 Soldaten aus Frankreich und Belgien in Essen, Gelsenkirchen und Bochum ein und bringen das wichtigste deutsche Kohle- und Stahlrevier unter ihre Kontrolle.

Streiks legen die Fabriken und Zechen lahm. Im Gegenzug konfiszieren die Franzosen Industrieanlagen und Maschinen im Wert von 27 Milliarden Mark. Immer mehr Geld lässt Berlin drucken, um die streikenden Arbeiter aus der Staatskasse zu unterstützen.

Mitglieder der Reparationskommission Charles Dawes (l.) und Owen Young (M.)

Nachdem Stresemann den Ruhrkampf abbrechen lässt, findet er ein Mittel gegen den Wertverfall des Geldes: Am 15. November 1923 führt er als neue Währung die sogenannte Rentenmark ein. Ernsthafte Verhandlungen über die Kriegsentschädigungen werden wieder möglich.

Die Alliierten lassen den US-Wirtschaftsexperten Charles Dawes neue Zahlungsmodalitäten ausarbeiten. Der Bankier aus Chicago berücksichtigt, was Keynes bereits vor fünf Jahren erkannt hatte: Die deutsche und die gesamteuropäische Ökonomie sind so eng miteinander verwoben, dass Frankreich und England nur erstarken können, wenn Deutschland wieder prosperiert. Sanktionen wie die Besetzung des Ruhrgebiets lässt Dawes verbieten und die jährlichen Reparationen vorübergehend kürzen. Zusätzlich erhält Berlin einen Kredit über 800 Millionen Mark.

Der Dawes-Plan, der am 1. September 1924 in Kraft tritt, führt zu einem Aufschwung in der Weimarer Republik: Flugplätze werden gebaut, sogar Planetarien, Hallenbäder und Radrennbahnen. Doch es ist nur eine Scheinblüte, finanziert auf Pump. Vor allem Unternehmen aus den USA stellen – zu hohen Zinsen – immer neue Darlehen bereit, die Deutschland auch zur Begleichung der Reparationen verwendet. Bereits ab 1924 bezahlt Berlin an die Alliierten keinen Cent mehr aus eigener Tasche.

Doch die Staatsverschuldung wächst. Ab 1928 werden die internationalen Geldgeber vorsichtiger. Deutschland erhält plötzlich kaum mehr Kredite. Das Kartenhaus der Pumpwirtschaft bricht zusammen – und Berlin kann die Reparationen nicht mehr leisten. Nazipropagandist Joseph Goebbels höhnt, Dawes sei die Abkürzung für: „Deutschlands Armut wird ewig sein“.

Erneut suchen die Alliierten nach einem Kompromiss. Ein Team um den US-Wirtschaftsexperten Owen Young entwirft im Frühling 1929 einen Plan, der die verbleibenden Reparationen auf 112 Milliarden Reichsmark senkt, die bis 1988 abbezahlt werden müssen. Der Young-Plan sieht vor, dass Deutschland noch für Jahrzehnte Schuldner der Siegermächte bleiben wird. Da wittern die Demokratiefeinde um Hugenberg und Hitler im Sommer 1929 ihre Chance. Der Kampf gegen den neuen Reparationsplan dient ihnen als Vorwand, um das politische System in seinen Grundfesten anzugreifen.

In Reih und Glied marschieren die Ultrarechten zu nationalen Kultstätten wie dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald und protestieren gegen die „Versklavung des deutschen Volkes“. Ein Volksbegehren, für das auch der Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ wirbt, fordert Haftstrafen für alle Minister, die dem Young-Plan zugestimmt hatten.

Treibende Kraft ist Alfred Hugenberg, der die Bevölkerung mit geballter Medienmacht aufwiegelt: Drei Berliner Tageszeitungen gehören dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Beteiligungen an mehreren Dutzend Provinzblättern, zahlreiche Zeitschrif-

ALBERT HARLINGUE / ROGER-VIOLLET

ten sowie eine große Nachrichtenagentur. Auch wenn der Volksentscheid zum Young-Plan am 22. Dezember 1929 für die nationale Rechte verloren geht, hat sie ihre wichtigsten Ziele erreicht: Das innenpolitische Klima ist vergiftet, die Regierung weiter geschwächt.

Als der Young-Plan am 17. Mai 1930 in Kraft tritt, wird das Deutsche Reich nur noch zwei Jahre Reparationen zahlen. Das Land versinkt so tief in der Weltwirtschaftskrise, dass die Siegermächte im Juli 1932 in Lausanne alle weiteren Forderungen streichen. Bis dahin hat Berlin nach mittlerer Schätzung rund 40 Milliarden Goldmark bezahlt.

War der Frieden von Versailles tatsächlich eine Hypothek, die die junge Republik nicht verkraften konnte – und somit zu ihrem Ende beitrug? Bis heute gehen die Meinungen der Historiker auseinander.

Auch wenn man keine direkte Linie ziehen könne zwischen der Unterzeichnung des Vertrags und dem Untergang von Weimar, habe Versailles doch einen „gewichtigen Anteil am Scheitern der Republik“, meint der Mainzer Historiker Wolfgang Elz. Das heiße allerdings noch nicht, dass die Schuld den Siegermächten zufalle. „Denn es fragt sich, welcher andere Frieden unter den Bedingungen von 1918/19 wohl möglich gewesen wäre, nach dem ersten totalen Krieg der Geschichte.“

Weit gravierender als die ökonomischen Folgen der Versailler Reparationsforderungen waren ihre psychologischen Auswirkungen: Versailles lieferte den ultrarechten Nationalisten den Sprengstoff für ihren Anschlag auf die Demokratie – allen voran Adolf Hitler. Es ist kein Zufall, dass die Nationalsozialisten im Jahr darauf bei den Reichstagswahlen überall dort besonders gut abschnitten, wo schon das Volksbegehren viele Sympathisanten gefunden hatte.

Auch als er längst an der Macht war, profilierte sich der „Führer“ über das Reizthema Versailles. Den Friedensvertrag geißelte er noch im Januar 1941 als „das größte Unrecht und die niederträchtigste Misshandlung eines großen Volkes“. Da hatte er den Zweiten Weltkrieg längst angezettelt. ■